

AfD-Fraktionspost

Ausgabe Herbst 2025

Skandale | Vetternwirtschaft | Untreue

DÄMMERUNG BEI DER SPD

Sozialstaat vor dem Kollaps

Die arbeitende Mitte entlasten

10 Jahre „Wir schaffen das“

Folgen der Migrationskrise von 2015

Kommunen in finanzieller Schieflage

Existenzielle Bedrohungen



Pegel und sein Staatssekretär müssen endlich gehen

Skandale und Filz im Innenministerium

Nikolaus Kramer - Fraktionsvorsitzender

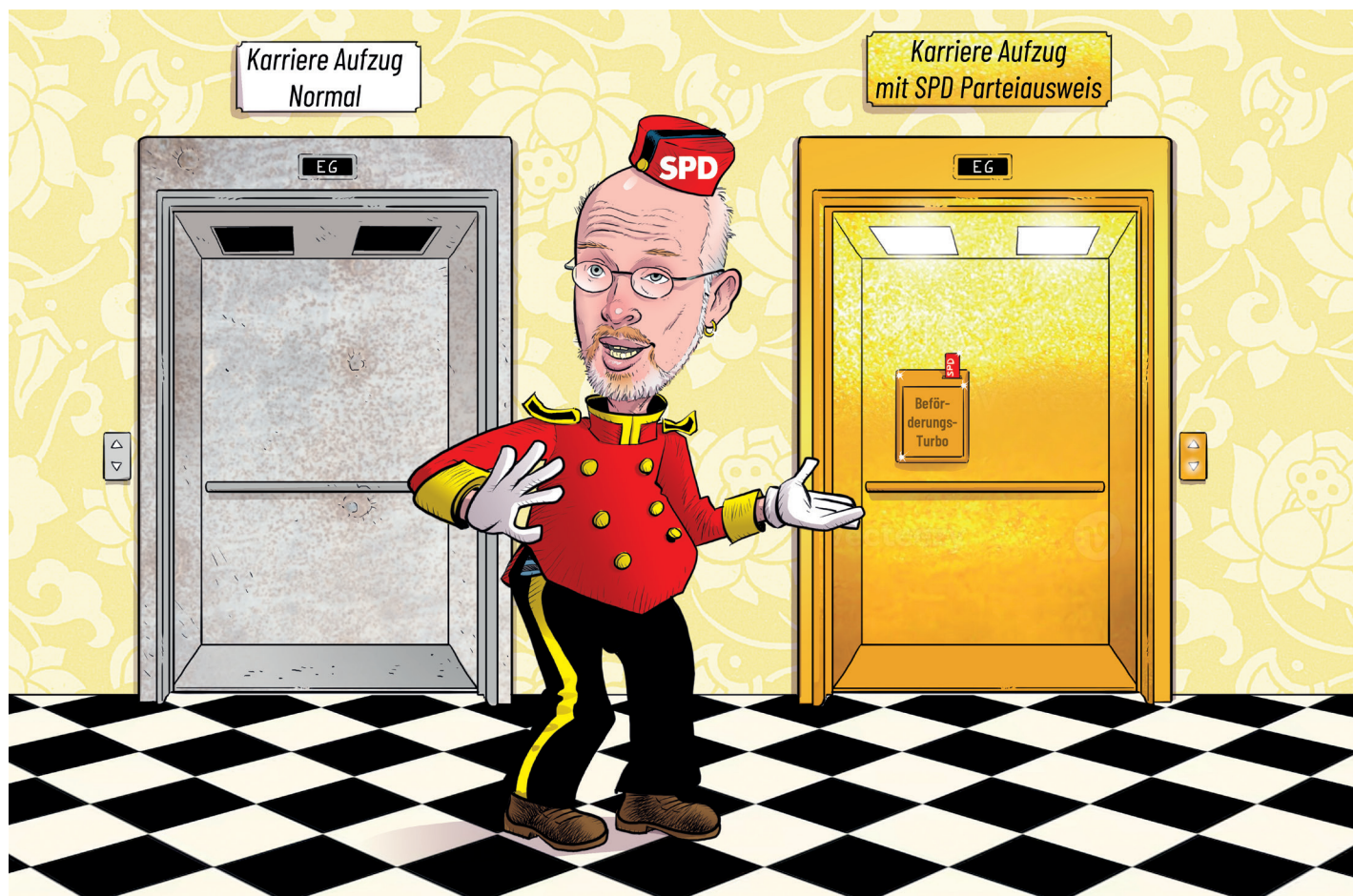
Innenminister Pegel und sein Ministerium versinken in einem Sumpf aus Skandalen und Parteifilz. Die Razzia im Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei und die Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue im unmittelbaren Umfeld der Hausspitze zeigen, dass dieses Innenministerium die Kontrolle über Verfahren, Verantwortung und Vertrauen verloren hat. Die Durchsuchung steht im Kontext eines Untreueverdachts, der sich auf den Umgang mit Corona-Schutzmasken bezieht. Im Raum stehen Fragen nach Beschaffung, Verteilung und der ordnungsgemäßen Verwendung von Haushaltsmitteln in der Pandemiephase. Genau hier prüft die Justiz, ob Verantwortliche die Grenzen des Rechts überschritten haben. Schon der Fakt, dass Ermittler in Räumen der Polizei vorstellig werden mussten, spricht für die Schwere des Verdachts und für ein Kontrollversagen der politischen Leitung.

Nahezu parallel zu den Ermittlungen trieb das Ministerium die Beförderung eines Spitzenbeamten mit auffälliger Eile voran. Wer im Schnellverfahren Personalpolitik betreibt, beschädigt die innere Legitimation der Führungsstruktur. Das Zurückziehen der Beförderung war politisch zwingend und ein Selbstzeugnis der eigenen Fehlentscheidung.

Derweil bleiben auch weitere Skandale, wie zum Beispiel die Cyberattacke auf Diensthandys der Landespolizei unaufgeklärt. Bis heute fehlen klare Angaben zu Schadenssumme, Datenabfluss und Konsequenzen. Genau hier zeigt sich, wie schlecht das Haus in der Krisenkommunikation und in der eigenen IT-Sicherheit aufgestellt ist. Für eine Sicherheitsverwaltung ist das untragbar.

Diese Affären sind durch ein gemeinsames Muster verbunden, welches sich durch die SPD-Partei- und Ministerialspitzen seit vielen Jahren in MV zieht. Belohnungen für treue Parteiloyalisten und Aussitzen statt Aufklären. Politische Freundschaftsdienste und Vetternwirtschaft gehörten bei der SPD schon häufiger zur gängigen Beförderungs- und Einstellungspraxis in den politischen Verwaltungsgremien der Ministerien.

Genau dafür trägt Innenminister Christian Pegel die politische Hauptverantwortung. Er ist der Leiter des Hauses, er entscheidet über Personal und er steht für die Integrität der Verwaltung. Wenn im eigenen Bereich durchsucht wird, Beförderungen scheitern und Fragen zu IT-Sicherheitslücken unbeantwortet bleiben, ist der Punkt erreicht, an dem es ohne Konsequenzen nicht weitergeht. Pegel muss zurücktreten!



FÜR SIE HERR WALLIS, DER RAKETEN-AUFZUG MIT GENOSSEN-TURBO!



Die arbeitende Mitte entlasten

Sozialstaat vor dem Kollaps

Thomas de Jesus Fernandes – Sozialpolitischer Sprecher

Wer früh aufsteht, hart arbeitet, Familie versorgt, Steuern zahlt und das Rückgrat unserer Gesellschaft bildet – wird von der Politik seit Jahren vergessen. Genau das zeigt eine aktuelle INSA-Umfrage in Mecklenburg-Vorpommern, welche von der AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern im Juli 2025 beauftragt wurde: **70 % empfinden die Verteilung der Sozialleistungen als ungerecht.** 69 % sagen, dass das Rentensystem dringend reformiert werden muss.

Die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern sind sich einig: sie leisten zu viel – und bekommen zu wenig. Und das ist kein Gefühl. Das ist Realität.

Während sich die arbeitende Mitte durch steigende Beiträge, hohe Energiepreise und Inflation kämpft, verprasst dieselbe Politik jedes Jahr Milliarden für ideologische Projekte, Massenzuwanderung und eine ausufernde Sozialbürokratie. Die Sozialkassen zahlen längst nicht mehr nur für Rentner und Kranke – **sie werden zur Spielwiese linker Umverteilungsideen.**

Über 42 % vom Lohn verschwinden in Steuern und Sozialabgaben. Doch am Ende reicht es oft nicht einmal für eine sichere Rente oder gute Pflege. 46 % sagen: Uns geht's heute schlechter als vor zwei Jahren. Wie lange soll das noch so weitergehen?
Mit der AfD nicht mehr.

Wir sagen: Schluss mit der Zweckentfremdung der Sozialkassen! Keine Klima- oder Gendermillionen mehr auf dem Rücken der Beitragszahler. Keine Finanzierung integrationsunwilliger Migranten aus den Renten- und Krankenkassen. **Jeder Euro gehört zurück zu denen, die ihn erarbeitet haben.**

Wir fordern echte Gerechtigkeit:

--> Beiträge senken, Bürokratie abbauen, System entlasten.

--> Sozialpolitik muss den Menschen dienen, nicht der Ideologie.

--> Beitragsgerechtigkeit, Entlastung der arbeitenden Mitte und klare Prioritäten für Rentner, Familien und Pflegebedürftige.

--> Schluss mit der Umverteilung in Projekte, die den Bürgern nichts nützen – jeder Euro muss wieder dorthin fließen, wo er wirklich benötigt wird.

Die arbeitende Mitte darf nicht länger der Zahlmeister einer kaputten Ideologie sein. Mit uns wird Politik wieder ehrlich, gerecht – und auf der Seite der Bürger.



Regionalschulen müssen endlich wieder bilden

Ausbildungsreife stärken!

Enrico Schult - Bildungspolitischer Sprecher

Mecklenburg-Vorpommern leidet unter einem eklatanten Fachkräftemangel. Während Betriebe händeringend Nachwuchs suchen, brechen nach wie vor allzu viele junge Menschen ihre Ausbildung ab oder sind von Beginn an nicht in der Lage, grundlegende Anforderungen zu erfüllen. Die Ursache liegt auf der Hand: Unser Schulsystem versagt zunehmend darin, die Grundlagen für ein erfolgreiches Berufsleben zu legen.

Elementare Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen werden von vielen Schulabgängern nicht mehr sicher beherrscht. Lehrmeister berichten von Jugendlichen, die weder einfache Texte verstehen noch grundlegende Rechenoperationen bewältigen können. **Hinzu kommt, dass Tugenden wie Fleiß, Durchhaltevermögen und Eigenmotivation im schulischen Alltag kaum mehr eingeübt werden.** Prüfungen sind so gestaltet, dass möglichst jeder einen Abschluss erhält; der Aussagewert der Zeugnisse sinkt daher jedoch dramatisch.

Die Folge: **Über 80 Prozent der Ausbildungsbetriebe beklagen Defizite in Mathematik, Sprache und Belastbarkeit.** Für ein Land mit großem Fachkräftebedarf ist dies nichts weniger als fatal.

Die AfD-Fraktion fordert deshalb: Das Unterrichtsniveau an den Grund- und Sekundarstufen, insbesondere an den Regionalschulen, muss deutlich steigen. **Prüfungen dürfen nicht länger Schönwetterveranstaltungen sein, sondern müssen realistisch die Kenntnisse und Fähigkeiten abbilden, die im Berufsleben gebraucht werden.** Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen sind verbindlich einzuhalten.

Während es der Landesregierung forciert um eine Politisierung der Schule geht, gefasst unterm missverständlichen Begriff der „Demokratiebildung“, **setzen wir auf guten Unterricht und inhaltliche Substanz.**

Gleichzeitig muss die Schule stärker zur Persönlichkeitsbildung beitragen. Jugendliche brauchen nicht nur Wissen, sondern auch die Haltung, Schwierigkeiten zu überwinden und Verantwortung zu übernehmen. Schließlich ist auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben auszubauen, damit die Praxisnähe gesichert bleibt.

Nur mit einer solchen Wende in der Bildungspolitik kann Mecklenburg-Vorpommern seine Jugend fit für den Beruf machen und die Fachkräftesicherung langfristig gewährleisten.

Kommunen in finanzieller Schieflage

Jens-Holger Schneider – Kommunalpolitischer Sprecher

Die Finanzlage der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern spitzt sich weiter dramatisch zu. Zwar hat die Reform des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2020 für mehr Gerechtigkeit bei der Mittelverteilung gesorgt, doch die aktuellen Entwicklungen werfen düstere Schatten auf die kommenden Jahre. Im Entwurf des Landeshaushalts ist vorgesehen, die Mittel für Städte und Gemeinden deutlich zu kürzen – **nach ersten Berechnungen könnten es bis zu 35 % weniger sein.**

Für die Kommunen bedeutet das einen harten Einschnitt. Schon heute kämpfen viele Gemeinden damit, ihre Pflichtaufgaben in Bereichen wie Kinderbetreuung, Bildung, Infrastruktur oder soziale Sicherung zu erfüllen. Schulen, Straßen, Kitas und Pflegeeinrichtungen erfordern stetige Investitionen und laufende Kosten. **Wenn die vorgesehenen Kürzungen Realität werden, droht eine finanzielle Abbruchkante, die massive Einsparungen und den Abbau von Leistungen unausweichlich macht.**

Die kommunale Selbstverwaltung steht damit vor einer existenziellen Bedrohung. Vertreter der Städte und Gemeinden warnen, dass eine Reduzierung der Mittel unweigerlich zu Lasten der Bürger gehe. Besonders die Schwächsten der Gesellschaft würden die Folgen spüren, wenn soziale Leistungen gekürzt oder ganz gestrichen werden müssten.

Hinzu kommt, dass die Verteilung der vorhandenen Mittel stärker nach Bedarf erfolgen müsste. Kommunen mit geringer Steuerkraft, hoher Arbeitslosigkeit oder großen Entfernungen zwischen den Ortsteilen sind in besonderem Maße auf Unterstützung angewiesen. Doch selbst eine gerechtere Verteilung löst das Kernproblem nicht: **Wenn das Gesamtvolumen der Mittel sinkt, reicht es am Ende für niemanden.**

Gefordert ist jetzt ein klarer Kurswechsel. Ein Kommunalgipfel mit der Landesregierung wäre notwendig, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. **Transparenz im Haushaltsverfahren muss sicherstellen, dass die Bürger die Konsequenzen politischer Entscheidungen nachvollziehen können.** Zudem sollten alternative Finanzierungsmodelle geprüft werden, etwa durch stärkere Bundeshilfen oder neue Einnahmequellen.

Die Finanzkrise der Kommunen ist mehr als eine Verwaltungsfrage. **Sie betrifft die Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern und entscheidet darüber, ob Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft handlungsfähige, lebenswerte Gemeinden haben wird** – oder ob Sparzwang und Leistungsabbau den Alltag prägen.





Angstsznarien und Klimahysterie

Klima-Kartelle endlich im Visier der Öffentlichkeit

Petra Federau- Energiepolitische Sprecherin

Kürzlich erschien ein WELT-Bericht über eine „skandalöse Klimastudie“, die überzogen negative Prognosen und ein mächtiges Netzwerk des Alarmismus offenbart.

Diese Studie bestätigt eindrucksvoll die langjährige Position der AfD: Klimapolitik in Deutschland basiert in weiten Teilen auf übertriebenen Angstsznarien, die weder wissenschaftlich seriös noch ökonomisch tragbar sind. Die enthüllte Studie belegt, dass Klimaprognosen gezielt dramatisiert wurden, um politische Entscheidungen zu beeinflussen und die Wirtschaft unter Druck zu setzen.

Und genau darauf weisen wir seit Jahren hin: Anstelle nüchterner Wissenschaft erleben wir politisch motivierte Dramatisierung, die am Ende die Bürger teuer zu stehen kommt - **durch explodierende Energiepreise, Deindustrialisierung und den Verlust von Arbeitsplätzen.**

Offengelegt wird auch, dass einflussreiche Lobbygruppen ein lukratives Geschäftsmodell aus der Klimahysterie gemacht haben. Milliarden fließen in grüne Projekte, die ohne Subventionen nie überlebensfähig wären und von denen fast nur die Empfänger der Förderbescheide profitieren. Besonders perfide ist der moderne Ablasshandel in Form der CO₂-Steuer: Unter dem Vorwand der Weltrettung wird den Bürgern das Geld aus der Tasche gezogen,

während internationale Konzerne, Finanzakteure und Klima-NGOs enorme Gewinne einstreichen.

Die AfD pocht konsequent darauf: **Deutschlands Regierungen in Bund und Land gefährden mit einseitigen sogenannten Klimaschutzmaßnahmen die wirtschaftliche Substanz unserer Nation.** Insbesondere die jetzige Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern tat sich negativ hervor, dabei „noch besser“ sein zu wollen und noch mehr unnütze Maßnahmen ins Leben zu rufen.

Wir fordern die Rückkehr zur energiepolitischen Vernunft: die Nutzung aller verfügbaren Energieträger inklusive Kernkraft und moderner Gas- und Kohlekraftwerke, den Ausstieg aus der Windkraft- und Solarförderung und transparente Forschung zu Klima und Energie. Die heutigen Enthüllungen bestätigen glasklar: Die Klimapolitik der Altparteien fußt auf unzutreffenden Annahmen. **Mächtige Lobbys bereichern sich auf Kosten der Bürger, der Landwirtschaft und der Wirtschaft von Mecklenburg-Vorpommern.**

Die AfD wird für die Entlastung der Bürger und korrekte Zahlen der Wissenschaft sorgen, den Ablasshandel werden wir ohne Verzug beenden.

Wir als AfD werden den ‚Green Deal‘ aufkündigen.

Völkerverständigung statt Erbschuld

Keine Reparationen an Polen

Horst Förster - Rechtspolitischer Sprecher



Der polnische Präsident fordert deutsche Reparationen und meint, das sei eine Frage von Gerechtigkeit und Wahrheit und Voraussetzung für gute Beziehungen zu Deutschland.

Wer dachte, es bestünde längst eine verlässliche Freundschaft zu Polen als unserem östlichen Nachbarn ähnlich der zu Frankreich, sieht sich getäuscht. **Immer wieder werden in Polen selbst an höchster Stelle antideutsche Ressentiments geschürt.** Und genauso oft wird die Karte der Reparationen gezückt, vom Präsidenten gar als Bedingung einer erst noch aufzubauenden Partnerschaft gemacht. Das verdient eine klare Antwort.

Deutschland wurde von den Siegermächten grausam bestraft. Das besiegte Deutschland verlor mit den Ostgebieten rund ein Viertel seines Staatsgebiets. **12 bis 14 Millionen Menschen wurden vertrieben. Bis zu zwei Millionen kamen dabei um.** Der Hauptnutznießer und Gehilfe dieses völkerrechtswidrigen Akts war und ist Polen. Deutschland hat sich mit den Realitäten abgefunden und

die neuen Grenzen anerkannt. **Deutschland will Frieden und Freundschaft mit Polen,** und zwar auf Augenhöhe. Deutschlands kniende und um der Vergebung willen ewig zahlende Haltung muss ein Ende haben.

Wollen wir wirklich das Leid der einen gegen das der anderen und den Wert der Kriegsbeute gegeneinander aufrechnen? **Nein, lasst uns nach vorn blicken und einander die Hände reichen.**

Die Bundesregierung verweist auf die Verträge zur Wiedervereinigung, wonach Polen keine Reparationen zustehen und spricht zugleich von einem symbolischen Entgegenkommen. Damit drückt sich die Bundesregierung um eine klare Aussage herum und füttert somit das Begehren der polnischen Seite. **Klare Worte, ein nicht verhandelbares Nein sind angezeigt, und zwar gerade unter dem Aspekt der ganzen Wahrheit und Gerechtigkeit.** Das wird das stolze Polen besser verstehen als das seichte Herumreden der Bundesregierung.

Baukulturelles Erbe erhalten

Schwarzbuch Denkmalschutz als Weckruf

Thore Stein - Denkmalschutzpolitischer Sprecher

Das von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD) vorgelegte „Schwarzbuch der Denkmalpflege“ dokumentiert erstmals systematisch Denkmalverluste und akute Gefährdungen in ganz Deutschland. **Laut dem Bericht gingen allein in den Jahren 2023 und 2024 bundesweit mindestens 900 Denkmale verloren** – trotz vorherigen Schutzstatus. Auch in Mecklenburg-Vorpommern sind traurige Beispiele zur Genüge bekannt.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein außergewöhnlich hohes Maß an baulichem Kulturerbe – von Backsteinarchitektur über historische Stadtkerne bis zu technischen Denkmälern. Von der einzigartigen Guts- und Herrenhausarchitektur gar nicht erst zu sprechen. Doch auch in unserem Bundesland gibt es allerorten noch unsanierte und gefährdete Zeugen einstiger baulicher Epochen. **Sie zeugen von der Schaffenskraft und handwerklichen Fähigkeit unserer Vorfahren und sind in ihrer Ästhetik den Neubauten oftmals weit überlegen.**

Ihr Erhalt erfordert viel Engagement, versierte Handwerksbetriebe aber auch die entsprechenden finanziellen Mittel der Eigentümer. Hierfür ist jedoch neben dem in der Gesellschaft erfreulicherwei-

se zunehmend vorhandenen Bewusstsein auch eine ausreichende Fördermittelausstattung unabdingbar.

Während jedoch das Land Mecklenburg-Vorpommern mit kläglichen Fördermitteln kaum etwas zum Erhalt des Denkmalbestands beiträgt, gebührt der privaten „Deutschen Stiftung Denkmalschutz“ der Dank, die den Erhalt unzähliger Denkmäler erst möglich gemacht hat. Das zeigt, wie sehr bürgerschaftliches Engagement und private Förderung tragen. Landesseitig sollte sich daran dringend ein Beispiel genommen werden, denn der Denkmalschutz ist dem Gesetz nach, klare Aufgabe des Landes. In Schwerin sonnt man sich aber lieber in absolutistischer Manier im Glanze des Residenzensembles, während der Blick kaum über die Grenzen der Stadt hinaus reicht.

Die AfD-Fraktion fordert seit Jahren eine konsequente Erhöhung der Finanzmittel für den Erhalt und die Sanierung unseres baukulturellen Erbes. Dazu gehört auch eine ausreichende personelle Ausstattung der Denkmalbehörden, sowohl auf Landes- als auch auf Landkreisebene, aber auch eine konsequente Unterstützung des Handwerks, insbesondere der traditionellen Handwerksberufe.





Schlimmster Landeshaushalt der Geschichte

Jeder 10. Euro fehlt

Martin Schmidt - Finanzpolitischer Sprecher

Der neue Haushaltsentwurf der Landesregierung ist ein Dokument des Scheiterns. Anstatt solide zu wirtschaften, häuft Rot-Rot Rekorddefizite an: **Bereits ab 2025 fehlen hunderte Millionen Euro, ab 2028 steigt das Loch auf über eine Milliarde Euro jährlich.** Das bedeutet: Bald fehlt jeder zehnte Euro für Polizisten, Lehrer, Gerichte und Universitäten. **Die Grundpfeiler unseres Staates geraten ins Wanken.**

Gleichzeitig steigen die Personalausgaben ungebremsst – von 2,58 Milliarden Euro 2024 auf über 3 Milliarden Euro im Jahr 2027. Währenddessen sinkt die Investitionsquote dramatisch: von 17,6 Prozent im Jahr 2024 auf nur noch 13,9 Prozent im Jahr 2027. Zukunftsvorsorge sieht anders aus. Investitionen werden gekürzt, während die Zinslast in die Höhe schnell – von 162 Millionen Euro 2025 auf über 210 Millionen Euro 2027. Die Schulden wachsen weiter: Allein die haushalterischen Verbindlichkeiten klettern bis 2027 auf fast 11,9 Milliarden Euro, die fundierten Schulden auf über 8,5 Milliarden Euro.

Besonders fatal sind die Einschnitte bei den Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich schrumpft von 1,555 Milliarden Euro 2025 auf nur noch 1,222 Milliarden Euro 2027 – **ein Minus von über 300 Millionen Euro. Städte und Gemeinden schlagen bereits Alarm:** Aufgaben wie Kinderbetreuung, Bildung oder soziale Sicherung sind so kaum noch zu erfüllen.

Dieser Haushalt ist ein Offenbarungseid. Rot-Rot ist nicht regierungsfähig. **Anstatt Verantwortung zu übernehmen, werden die Rücklagen geplündert, neue Schulden aufgenommen und die Zukunft unseres Landes aufs Spiel gesetzt.** Mecklenburg-Vorpommern braucht endlich eine ehrliche Konsolidierungspolitik, klare Prioritäten und Investitionen in die wirklich wichtigen Bereiche. Dafür steht die AfD. Wir streichen bei Migration, Energiewende, Staat und Ideologie – damit Geld für Sicherheit, Bildung und Zukunft bleibt.



Freiheit statt Gängelung

Stephan J. Reuken - Verkehrspolitischer Sprecher

Als AfD-Fraktion kämpfen wir für die Freiheit und sind der Meinung, dass Einschränkungen immer einer guten Begründung bedürfen. Die Forderung nach einem generellen Tempolimit auf unseren Autobahnen ist nichts anderes als eine weitere linke Attacke auf die Selbstbestimmung mündiger Bürger. **Die Einsparung an Kohlendioxid ist verschwindend gering und allenfalls ein vorgeschobenes Argument.** Staus durch unterentwickelte Infrastruktur fallen da viel mehr ins Gewicht. Warum sollen verantwortungsvolle Fahrer gegängelt werden, nur weil grüne Ideologen die Freiheit fürchten? Die Fakten sprechen klar gegen ein Tempolimit: **Trotz fehlender Obergrenze hat Deutschland eine der niedrigsten Unfallraten in Europa.** 2024 gab es bei uns „nur“ 33 tödliche Unfälle pro Million Einwohner, während der EU-Durchschnitt bei 45 lag. Länder wie Bulgarien (74) und Rumänien (77) haben an dieser

Stelle weitaus größere Probleme – und das trotz strenger Limits! Noch hat unser Land eine überdurchschnittliche Straßeninfrastruktur, die es zulässt ohne Tempolimit zu fahren. Statt zu senken, erhöhen andere EU-Länder ihre Limits: Tschechien führt ab September 2025 150 km/h auf Autobahnen ein und Spanien testet ebenfalls ein 150 km/h Tempolimit auf einzelnen Strecken. Sogar die Niederlande heben die Maximalgeschwindigkeit auf 130 km/h. Diese Trends zeigen: **Höhere Geschwindigkeiten sind sicher, wenn Infrastruktur und Verantwortung stimmen.** Ein Tempolimit würde nicht nur Wirtschaft und Pendler bremsen, sondern vor allem die Freiheit einschränken. Mündige Bürger wissen selbst, wie sie fahren – wir brauchen keine Bevormundung aus Berlin oder Brüssel. Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen wird es mit der AfD nicht geben!



Die Folgen der Migrationskrise von 2015

10 Jahre „Wir schaffen das!“

Jan-Phillip Tadsen – Migrationspolitischer Sprecher

„Wir schaffen das“ – dieser fatale Satz von Angela Merkel feiert leider gerade sein 10-jähriges-Jubiläum. Und noch immer sind die heftigen Folgen ihrer Fehlentscheidung überall zu spüren. 10 Jahre lang läuft hier eine Politik der gesellschaftlichen Verwahrlosung. Die Fakten sind eindeutig:

--> Durch die offenen Grenzen ist das geltende Asylrecht Deutschland in seiner Konsequenz von Merkel faktisch außer Kraft gesetzt worden... Unerlaubtes Einreisen wurde von ihr auf die verantwortungsloseste Art und Weise zugelassen!

--> Die Gewaltkriminalität hat im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit 2007 erreicht. Die Überrepräsentation der illegal eingereisten Migranten ist fast um das Fünffache höher!

--> So viel Leid auf unseren Straßen: Unschuldige Opfer, die hunderttausendfach der extremen Gewalt junger ausländischer Männer ausgesetzt wurden. An jedes einzelne Schicksal dieser Gewalt muss nach zehn Jahren erinnert werden!

--> Unser Sozialstaat wurde zu einer Fremdenversorgungsanstalt: nur circa ein Drittel der Syrer und Afghanen in Deutschland arbeitet heute sozialversicherungspflichtig – der Rest wird von uns alimentiert!

--> Das Bildungssystem ist migrationspolitisch gesprengt worden. So musste man lesen: „Der Unterschied bei der Lesefähigkeit zwischen im Ausland [...] und im Inland Geborenen fällt in Deutsch-

land doppelt so hoch aus wie im OECD-Durchschnitt. [...] die Fähigkeiten der im Ausland geborenen Erwachsenen [haben] noch einmal deutlich abgenommen [...]“. Seit 2015 wurde also eine ganze Generation junger Migranten ohne Perspektive zugelassen!

--> Das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staats erodierte: nach über 10 Jahren Merkel-Migrations-Misere wollen nur noch drei Prozent der Bürger, dass mehr sogenannte „Flüchtlinge“ aufgenommen werden.

Und was tut jetzt unsere Ministerpräsidentin? Was tut Manuela Schwesig angesichts dieser Bilanz des Schreckens, die auch unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hart getroffen hat?

Manuela Schwesig verleiht Angela Merkel den höchsten Verdienstorden unseres Landes. Was für ein unwürdiges Schauspiel, das wohl ebenso von führenden CDU-Vertretern aus MV gefeiert wird. Frau Schwesigs Auftritt mit Merkel in Stralsund Ende September wird ein krasses Beispiel für die Entfernung der Politik von der Lebenswirklichkeit der Menschen sein.

Höchste Zeit, dass die Schwesig der Merkel folgt. Ihr politisches Erbe gehört abgelöst. Die AfD-Fraktion ist dafür angetreten: Wir schaffen das!

Aber diesmal: mit euch zusammen! Weil ihr das wollt!

Angemessener Beitrag zur Hochschulfinanzierung

Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Paul Timm – Hochschulpolitischer Sprecher

Mecklenburg-Vorpommern ist ein attraktiver Hochschulstandort – auch für Studenten aus dem Nicht-EU-Ausland. Im Wintersemester 2023/2024 waren insgesamt 37.081 Studenten an unseren Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern immatrikuliert. **Davon waren 3357 (9 Prozent) Nicht-EU-Ausländer.** Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv zu bewerten, da sich die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland durch stetig wachsenden Bedarf an akademisch qualifizierten Fachkräften auszeichnet. Gleichzeitig wirkt jedoch die aktuelle Praxis Fragen zur Finanzierbarkeit unseres Hochschulsystems auf. Denn derzeit studieren ausländische Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten in Mecklenburg-Vorpommern kostenfrei.

Zudem belegt eine Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) aus dem Jahr 2022, dass die Abbruchquote während des Studiums **bei internationalen Studenten im Bachelor bei 41 Prozent liegt. Zum Vergleich: Bei deutschen Studenten liegt sie bei 28 Prozent.** Aus den Angaben in

der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 8/4141 geht wiederum hervor, wie sich die Zahl der Exmatrikulationen nach Fächergruppen unter Nicht-EU-Ausländern darstellt. Beispielsweise im für den deutschen Steuerzahler kostenintensiven Studienfach Medizin entfielen auf die Jahre 2019-2023 insgesamt 263 Exmatrikulationen.

Hiervon waren lediglich 95 (36,1 Prozent) erfolgreiche Beendigungen des Studiums. Demgegenüber standen 168 (63,9 Prozent) Abbrüche aus verschiedensten Gründen. **Die Landesregierung gab in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 8/5221 die Kosten für einen Studienplatz Medizin mit 100.000 Euro pro Jahr an.** Wir fordern daher, dass Studenten aus Nicht-EU-Ländern durch angemessene Studiengebühren an den Kosten ihres Studiums beteiligt werden. Bislang werden in der Bundesrepublik lediglich in Baden-Württemberg für Nicht-EU-Ausländer Studiengebühren in Höhe von 1500 Euro pro Semester erhoben.





FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de
www.afd-fraktion-mv.de



NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de
03834 – 7773690
www.nikolauskramer.de

ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin
Basedower Str. 10, 17139 Malchin
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de
03998 – 2856416
www.enrico-schult.net

HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg
kontakt@hoerst-foerster.de
0395 – 36968500
www.hoerst-foerster.de

MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow
Ziegeleiweg 17, 19057 Schwerin
kontakt@martinschmidt.net
01575-6421807
www.martinschmidt.net

STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251722

THORE STEIN

Eisenbeissstraße 26, 19386 Lübz
thore.stein@afd-fraktion-mv.de
0385/525-1759
www.thore-stein.de

JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251762
www.jan-phillip-tadsen.de

JENS SCHULZE-WIEHENBRAUK

Am Markt 7, 17389 Anklam
jens.schulze-wiehenbrauk@afd-fraktion-mv.de
03835 – 5251723

PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro
paul.timm@afd-fraktion-mv.de
0176 – 43853351
www.paultimm-afd.de

Am Markt 21
18528 Bergen auf Rügen

THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de
03991 – 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

PETRA FEDERAU

Bürgermeister-Bade-Platz 2,
19055 Schwerin
petra.federau@afd-fraktion-mv.de
0385 – 58931527
www.petra-federau.com

JENS-HOLGER SCHNEIDER

Dankwartstraße 57, 23966 Wismar
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de
03841 – 2452765

MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock
01575 180 57 02
michael.meister@afd-fraktion-mv.de
www.michael-meister.de